

**Kreisverband Oberberg
Kreisgeschäftsstelle**

Kölner Straße 296
51645 Gummersbach
TEL (0 22 61) 2 45 40
FAX (0 22 61) 2 86 95
Mo 15-19, Mi 15-17, Do 10 -15 Uhr
www.gruene-oberberg.de

Bus: Linie 301 (Niederseßmar/Post)
Linie 302/310 (Ahlefelder Straße)

Frank Rimmel, Kreisgeschäftsführer
gruene.oberberg@t-online.de
Ursula Neuhaus
Sprecherin des Kreisvorstandes
TEL 02269 7051
ursneuhaus@aol.com
René Bongartz
TEL 02293 816280
Sprecher des Kreisvorstandes
gruene@rene-bongartz.de

21. November 2007

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kölner Straße 296 51645 Gummersbach

An die Medien in Oberberg**PRESSEMITTEILUNG****Der Markt braucht den Staat
Reiner Priggen MdL referierte in Lindlar**

Mit Bettina Fuhg und Jan-Hendrik Klein nehmen am kommenden Wochenende zwei Delegierte der oberbergischen Grünen am Bundesparteitag in Nürnberg teil. Unter dem Titel "Grüne Marktwirtschaft" erörtert die Konferenz, wieviel Staat eine Marktwirtschaft benötigt. Zur Vorbereitung lud der grüne Kreisverband am Montagabend den Landtagsabgeordneten Reiner Priggen nach Lindlar ein. Priggen ist Sprecher der Landtagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie.

Anhand von Netzen wie Bahn, Strom oder Gas legte Priggen dar, wie sich staatliche Kontrolle oder privatwirtschaftliche Oberhand auswirken können. Dass Energiepreise derzeit ungebremsst steigen, sei den wenigen Konzernen anzulasten, die vom Staat nicht mehr wirkungsvoll kontrolliert würden. "Eine staatliche Kontrolle muss den großen Preistreibern Einhalt gebieten, damit in einer zweiten Ebene zum Beispiel Stadtwerke einen Wettbewerb entfalten können", forderte der Abgeordnete. "Der Staat muss die Parameter definieren, innerhalb derer der Markt seine Kräfte entfalten kann", focht Priggen gegen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, "die dann sowieso nicht eingehalten werden". Noch schlimmer als beim Strom wirke sich aktuell das Monopol des Eon-Konzerns bei den Gasleitungen aus.

Wie eine leitende öffentliche Hand positiv gestalten kann, zeigte Priggen anhand des deutschen Exportschlagers Windenergie. Schon unter der Kohl-Regierung seien die Eckwerte zu den Einspeisevergütungen definiert worden, die sich später im "Neue Energien Gesetz" der rot-grünen Regierung niederschlugen. Würden die Folgekosten konventioneller Energiegewinnung durch Kernkraft oder Kohle nicht der Allgemeinheit aufgebürdet, Windenergie wäre mit acht Cent pro Kilowattstunde heute schon vier Cent billiger als konventioneller Strom.

Ergänzt durch eine anschließende Diskussion fühlen sich die beiden oberbergischen Delegierten für die Bundeskonferenz gut gerüstet. Bettina Fuhg resümierte: "Wir sind dafür bekannt, Symptome frühzeitig zu erkennen, eine grüne Marktwirtschaft wird die Instrumente zum Gestalten einer durchdachten Wirtschaftsentwicklung ergänzen".

Im Namen des Kreisvorstandes

René Bongartz